

## Zu viele Köpfe an der Spitze der Europäischen Zentralbank

Im EZB-Rat diskutieren 23 Banker über die europäische Geldpolitik – dabei arbeiten Notenbanken dann am besten, wenn ihre Führung aus maximal neun Mitgliedern besteht

Volker Nitsch

Seit Jahresbeginn bestimmt die Europäische Zentralbank (EZB) die Geldpolitik für bereits 17 Mitgliedsländer der Europäischen Union – da Estland den Euro eingeführt hat. Zugleich ist der Gouverneur der estnischen Zentralbank, Andres Lipstok, in das oberste Entscheidungsgremium der Notenbank, den EZB-Rat, eingezogen. Da neben den Chefs der nationalen Notenbanken zudem noch sechs Direktoriumsmitglieder dem Rat angehören, ist die Zahl der geldpolitischen Entscheider im Euro-Raum auf 23 Personen gestiegen.

Auch wenn über den Prozess der Entscheidungsfindung in diesem Gremium in der Öffentlichkeit wenig bekannt ist, steht zu befürchten, dass in einem solch heterogenen, vielköpfigen Rahmen zielführende Diskussionen kaum noch möglich sind. Statt den EZB-Rat weiter zu vergrößern, wäre eine deutliche Reduzierung des geldpolitischen Entscheidungsgremiums sinnvoll.

Für die hohe Mitgliederzahl des EZB-Rats mag es gute Gründe geben. So scheint aufgrund der wirtschaftlichen und geografischen Größe des Euro-Raums ein – gemessen an internationalen Maßstäben – vergleichsweise großes Entscheidungsgremium gerechtfertigt. Auch ist der Ansatz nachvollziehbar, dass alle Länder des Euro-Raums die Geldpolitik mitbestimmen sollen. Die nationale Repräsentanz hilft nicht nur bei der Umsetzung der Beschlüsse der EZB, sondern stärkt auch das Gemeinschaftsprinzip.

Allerdings entstehen mit zunehmender Größe auch erhebliche Nachteile. Fraglich ist etwa, inwiefern in einer großen Gruppe überhaupt noch ein sinnvoller Gedankenaustausch erfolgen kann: Wenn sich jeder Sitzungsteilnehmer nur mit einem fünfminütigen Eingangsstatement äußert, dauert die Sitzung bereits mehr als zwei Stunden. Zudem sinkt der individuelle Einfluss der Mitglieder. Dies verringert den Anreiz zur detaillierten Sitzungsvorbereitung und kann zu „Free Rider“-Verhalten führen, bei dem sich Mitglieder an der Ein-

schätzung von anderen Ratsmitgliedern orientieren und einfach deren Meinung anschließen. Das verleitet dazu, die Diskussionen in kleinen Gruppen außerhalb der eigentlichen Sitzungen zu führen.

In Zukunft soll zwar die Abstimmungsteilnahme der nationalen Notenbankpräsidenten reduziert werden, durch ein Rotationsverfahren, das an die Ländergröße gekoppelt ist. Zudem wird die Zahl der stimmberechtigten Präsidenten auf insgesamt 15 limitiert, plus die sechs Direktoriumsmitglieder. Diese Reform tritt allerdings erst in Kraft, sobald der Euro-Raum noch zwei weitere Mitglieder aufnimmt. Zudem sitzen weiterhin alle Präsidenten und Direktoren mit am Tisch, wenn über die Geldpolitik diskutiert wird.

Die gruppendynamischen Prozesse in großen Ausschüssen und Kommissionen sind für Unternehmensvorstände oder Gerichte bereits gut dokumentiert. Aber auch für die Geldpolitik lassen sich die Vor- und Nachteile der Mitgliederanzahl empirisch gut untersuchen.

Zum einen ist der Erfolg einfach bestimmbar: Viele Notenbanken verfolgen als zentrales Ziel eine niedrige Inflationsrate. Zum anderen variiert die Größe der Entscheidungsgremien erheblich – sowohl zwischen einzelnen Ländern als auch über die Zeit. So hat in einigen Zentralbanken allein der Präsident das Sagen, während in anderen unterschiedlich groß dimensionierte Runden den Ton angeben.

In einer Untersuchung für mehr als 30 Zentralbanken über den Zeitraum von 1960 bis 2006 findet sich tatsächlich ein U-förmiger Zusammenhang zwischen der Anzahl der Entscheider und der Inflationsrate in einem Land: Demnach ist die Geldpolitik der Zentralbank durchschnittlich am erfolgreichsten, wenn fünf bis neun Personen darüber entscheiden – nicht weniger, aber auch nicht mehr. Angesichts dessen ist der 23-köpfige EZB-Rat klar überdimensioniert.

**Volker Nitsch** ist Professor für Volkswirtschaftslehre und Leiter des Fachgebiets Internationale Wirtschaft an der TU Darmstadt.

## Wachstum ge

Die US-Militärs haben in Afghanistan: In Krisenregionen muss aber das Un

Carl Schramm

Eine einzige Zahl sagt viel über die Probleme aus, mit denen die USA und ihre Koalitionspartner in Afghanistan zu kämpfen haben – sieben von zehn Afghanen gaben in einer Oxfam-Umfrage als Hauptgrund für den Konflikt in ihrem Land an: Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Not. Dieser Faktor stand noch vor Regierungsschwäche und Korruption, den Taliban und der Einmischung durch Nachbarländer.

Die wenigsten Militärplaner sind Volkswirte. Dennoch sind sie sich gewiss bewusst, dass die Krisenherde dieser Welt oft durch den Mangel an Wirtschaftswachstum angeheizt werden. Und sie wissen, dass überall auf der Welt Gebiete, die sich zum Nährboden für den Terrorismus entwickelt haben, während der vergangenen 30 Jahre niedriges oder negatives Wirtschaftswachstum verzeichnet haben.

Um sich dieses zentralen Problems anzunehmen, ist es unerlässlich, dass das US-Militär seine wirtschaftswissenschaftlichen Kompetenzen ausbaut. Dies ist für den Erfolg unserer Militäroperationen im 21. Jahrhundert von zentraler Bedeutung.

Immer wenn die USA Truppen ins Ausland entsenden, müssen Militärplaner den Einsatz in drei eng verzahnten Phasen betrachten: Invasion, Stabilisierung/Befriedung und Wiederaufbau.

In den vergangenen Jahren haben wir im Irak wie in Afghanistan gelernt, dass die US-Regierung erst dann eine groß angelegte Militäraktion beginnen sollte, wenn sie die Anforderungen für eine wirtschaftliche Entwicklung bis zum Ende durchdacht und vorausgerechnet hat. Ohne dies bleiben Stabilisierung beziehungsweise Befriedung ein kaum erreichbares Ziel. Erforderlich ist daher eine Vision, wie Entwicklungsländer ein messbares Wachstum erzielen – und der Glaube, dass solche Volkswirtschaften tatsächlich wachsen können.

Die Umsetzung dieser neuen Doktrin – nennen wir sie „Expeditionsökonomik“ – beendet die alte Herangehensweise, bei der die Wirtschaftsentwicklung nur einen Nachsatz darstellte. Sie umfasst drei Ziele: wirtschaftliches Wachstum auf nationaler Ebene und pro Kopf, Wachstum durch die Schaffung neuer, schnell wachsender Unternehmen und eine stetige Zunahme der Arbeitsplätze im Privatsektor.

## Höchste Zeit

Angela Merkel und ihre Amtskolleg Tatsächlich aber verschleppen sie ni



Seite unserer medaille. Die h deutschen Leis Pendant in ähnl